

Er scheint täglich
nachmittags mit Ausnahme der
Sonn- und Feiertage.

Abonnementpreis
monatlich 50 J., 1/2jährlich 1.50 J.
jährlich 3.00 J. Durch
die Post bezogen 1.65 J.

„Die Neue Welt“
(Unterhaltungsbeilage) durch
die Post nicht bezugsbar, folgt
monatlich 10 J., 1/2jährlich 30 J.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Raumburg-Weißfels-Zeitz,
Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Telephon-Nr. 1047

Redaktion und Expedition: Geiststraße 21, erster Hof parterre rechts.

Telephon-Nr. 1047.

Telegramm-Adresse: Volksblatt Halle/Saale.

Nr. 221

Halle a. S., Mittwoch den 22. September 1897.

8. Jahrg

Gegen den Brotwucher.

Gegen den Brotwucher und damit gegen die Junter ist ein scharfer Leitartikel des Vorwärts gerichtet. Er erinnert daran, daß die deutschen Kornzölle von demselben reaktionären Komplotz ins Leben gerufen wurden, welches das Sozialistengesetz in das Leben gebracht hat, erwidert die jegige allgemeine Brotveruerung und schließt mit den Worten:

Die 3/4 M. Kornzoll, die wir zu zahlen haben, sind ein abscheuliches Unrecht und eine schwer drückende Last. Kornzölle sind die unmoralischste, unmenschenlichsche, unchristlichste Art der Besteuerung — hat ein christlicher und fortschrittlicher Staatsmann schon vor einem halben Jahrhundert gesagt Welche Verpflichtung hat das deutsche Volk, den preussischen Junkern einen Kornzoll zu zahlen? Keine! Welchen Nutzen haben die Kornzölle? Keinen! Sie haben das Elend der Kleinbauern nur vermehrt und einig den Junkern die Taschen gefüllt. Und was haben die Junker dem deutschen Volke Gutes getan, daß es ihnen diese Blutsteuer bezahlen soll? Nichts! Was sie auf politischen Gebieten thaten und thun, war und ist dem Volke feindselig.

Die Brotverweerer und Großkornwucherer sind es, die neulich erst das Attentat auf das Vereinrecht begingen, seit Jahren das Attentat auf das allgemeine Wahlrecht planen und jetzt zum Staatsstreich hegen.

Für die Junker keine Schonung! Fürm gemeinlichlichen Treiben muß ein Ende bereitet und ihnen, den Brotverweerern, der Brotkorb höher gehängt werden.

Darum fort mit den Kornzöllen!

Sollen wir warten, bis die Verzehrung zur Hungersnot geworden ist? Beiseiten! Nichts vorzubringen.

Doch ohne Kornzölle können die Junker nicht leben — so schreien sie uns allseitig in die Ohren. Nun, wenn sie ohne Kornzölle nicht leben können, dann mögen sie zu Grunde gehen. Als Junker haben sie kein Recht zu leben. Wirtschaftlich und politisch ist das Junkertum ohne Existenzberechtigung. Eine Klasse, die hoch auf Kosten anderer leben kann, ist gemeinlichlich und muß ihr, je eher je besser, das Handwerk gelassen werden. Statt zu betteln und zu schmornen, sollen die Junker arbeiten. Dann können sie nützliche Glieder der menschlichen Gesellschaft werden, der sie jetzt nur zur Last und zum Schand sind.

Freiwillig sie halten sich zur Herrschaft geboren und klammern sich fest an den Sattel, an die Kammerherrnschlüssel und an die Kränze der Bekleidung.

Aber fort mit ihnen! Und fort mit den Kornzöllen, aus denen sie ihre Kraft saugen!

Das Junkerjoch abzumitteln ist nicht leicht. Sie haben sich festgesetzt, die „Ecksteine“ zu nichtemachen uns wie der Meeresspiegel den Seeufer einbaue. Aber das deutsche Volk ist härter, als die preussischen Junker. Es erhebe sich zum Protest gegen die Kornzölle!

Kein Tag ist zu verlieren, sofort Hand anzulegen.

Fort mit den Kornzöllen!

Fort mit den Junkern!

Nöje dieser Kampfes allgemeinen Widerhall finden.

Tagesgeschichte.

Die Sparankheit an sächsischer Stelle wird immer kostspieliger. Infolge von Verzögerungen auf den preussischen Staatsbahn sind auf Grund der Tarifpläne von Staat im Jahre 1894/95 502 623, im Jahre 1895/96 706 120 Mark als einmalige Kostfindungen gezahlt worden. Außerdem wurden an fortlaufenden Zahlungen geleistet im Durchschnitt der Jahre 1885—1896 gegen 3 Millionen jährlich; im Jahre 1894/95 2 886 668, im Jahre 1895/96 2 717 317 Mark.

Die Freisinnige Volkspartei möge, so rät ihr die linkslebende Preussische Regierung an, in der nächsten Session des Reichstages den ganzen Etat ablehnen, wenn die Ministerialpropos reform nicht eingebracht oder nicht allen modernen Ansprüchen genügen wird.

Das wäre ja gewiß ganz vernünftig von der Freisinnigen Volkspartei. Aber nach der Vergangenheit dieser Partei ist man berechtigt auszusagen: Die Volkspartei hört sich wohl, allein es fehlt der Glaube.

Die Nationalsozialisten beiten sich, alles romantische Beiwort, das sie um ihre Bewegung hüllen, abzustreifen. Soeben hat ihr Leipziger Abhang, Professor Schum an der Spitze und Gegenwärtiger Vorsitz hinter ihm, ein von bewundernden Exterieur Delegierten eine Prinzipienklärung beantragt, in der es heißt: Wir erklären, daß wir das Eigenständige und Widrigkeit unserer Bewegung nicht in der Bekämpfung der konservativen oder sonst einer national gekennnten Partei, sondern in der Bekämpfung der Sozialdemokratie erblicken . . .

Die Bekämpfung der Sozialdemokratie ist Pflicht im Dienst sowohl der nationalen wie des sozialen Gedankens. Der nationalsoziale Vortreter protestiert dagegen, daß unsere Bewegung als eine demagogische antimonarchische Richtung aufgeföhrt wird. Er erwartet vom Vortreter, daß er das öffentliche Vorgehen des Vereins im Sinne des vorhin dargelegten Grundgedankens unseer Vereins regelt.

Wir zweifeln nicht daran, daß die „Prinzipienklärung“ den Anhang der nationalsozialen Majorität findet. Unsere des Hieren über diese Herren geäußerte Ansicht würde dadurch nur bestätigt. Die Annahme der Erklärung kann uns nur ermuntern sein, damit Begriffsverwirrungen vermieden werden. Ihre tüchtigen Kräfte werden allerdings die Nationalsozialen dadurch von sich trennen. Und auch das kann uns lieb sein.

Eine kalte Dusche wird der nationalsozialen Zeit des Herrn Raumann noch für ihr Eingehen bezahlt durch einen Hamburger Kaufmann, der von den untersten Flottenplänen nichts wissen will, für die das nationalsoziale Organ schwärmt. Der Kaufmann schreibt:

„Mit Schiffschiffen und Kanonen versehen sind wir wohl einen gefährlichen Namen, aber von da bis zu Ausschreitungen für unsere Industrie und unsern Handel ist es noch sehr weit. . . . Die Ausländer haben sich in Deutschland, weil sie in jedem Deutschen den Vertreter des militärischen und politischen Geistes erblicken, der mit Recht unbeliebt ist. . . .“

Wenden Sie mir, wie ich schon mit einer großen Flotte England oder Kanada oder noch irgend ein Land zwingen, unsere Waren abzunehmen? Ich und viele andere meinen, daß eine politische Forderung heute kein schöneres Ziel verfolgen konnte, als das der Ausgliederung internationaler Gegenstände; unleser Handel, unsere Industrie für sie durch zu betreiben für politische Freiheit. Durch Schwächung des Militarismus und Politisierens. Weil wir ein unbeliebt Staatswesen sind, deshalb sperren sich die Länder gegen uns ab, die uns nicht notwendig gebären. . . . Wir werden ja alle unser Vaterland und keine Frau mit Besinnung klagen, was ihm am meisten schmerzhaft ist, über die Plage des Chauvinismus ist nichts Neues, und wir würden auch ohne ihn im Notfall die deutsche Kultur schenken können.

Der konservativen Klageled. Die Kreuzzeitung schreibt: „Von den Parteigenossen im Lande wird vielfach darüber geklagt, daß seitens der Zentralleitung in organischer Beziehung zu wenig gethan werde. Die Klage ist insofern berechtigt, als nicht gelangt werden kann, daß die Zentralstelle erheblich mehr als jetzt geschieht, zu leisten vermöge, wenn ihr hierzu die nötigen Mittel zur Verfügung ständen. Selbst in den wichtigsten der freisinnigen Volkspartei, der soeben an dem Münchener Parteitag erörtert worden ist, heißt es: „Zur Unterstützung von Zeitungen und sonstigen Vorarbeiten. . . stehen dem geschäftsführenden Ausschuss nach vor hinreichend Mittel zur Verfügung. Auch haben die verschiedenen Mittel es nicht ermöglicht, eine ständige planmäßige Agitation zur Ausbreitung der Partei. . . zu unterhalten.“

Wenig in der gleichen Lage ist die konservativen Zentralleitung. Der Gesamtverband der konservativen Partei hat bekanntlich der einiger Zeit beschlossene eines Forts zu sammeln, um dem Bureau die Entsendung von Rednern in die verschiedenen Wahlkreise und die Abhaltung eines hebreren Banquets, dem die Zeitung einer ständigen planmäßigen Agitation obliegen sollte, zu erlauben. Bei jetzt ist es nicht gelungen, diesen Versuch ins Werk zu setzen.“

Die „Ecksteine“ sind vom Elemente Rimm. Sie wollen Verbeserungen haben, aber keine Spenden.

Die Nationalsozialisten sind höchst ungeschult, daß in Baden die katholischen Geistlichen angedroht haben mit dem Sozialisten gemeinlich den jüdischen Nationalsozialismus zu bekämpfen. Daraufhin werden die beauftragten Geistlichen aus der Liste der Staatsbehörden gestrichen. Hoffentlich tröstet sich die Herren im Laier.

Die ungläubliche Schwerefalligkeit der preussischen Regierung den Ueberichwemmungsschäden gegenüber hat selbst die ohne bürgerliche Presse selbstlich gemacht. Jetzt heißt es plötzlich, der Kaiser werde sich am 22. September nach Preßlau begeben, um sich persönlich von den Ueberichwemmungsschäden zu überzeugen und die beauftragten Maßnahmen selbst zu prüfen. — Das ist ja ganz schön, aber diese nachträgliche „aierliche Revision“ hilft den Armen nicht, wie aber der überhördeten Mäßigkeit der Regierung inzwischen verborben sind.

Ein Wandervogel. Aus den Wandern wird von einem Tage gemeldet: Ein Soldat des 39. Inf-Reg. bohrte sich bei einem Sturz das Seitengehirn so tief in den Leib, daß er an der Verletzung starb. Bei einer Batterie des 7. Art-Reg. führte eine Kanone un und erschlug einen Mann, ein anderer erlitt einen Beinbruch. Tags zu oder war ein Mann überfahren worden. Bei Braekfeld wurde ein Artillerist von einem Kanonenschuß derart verbrannt, daß ihm ein

Infertionsgebühre
betragt für die hiesige
Beträge über deren Raum
15 J. für Wohnungs-,
Vereins- und Versammlungs-
angelegen 10 J.
Im reaktivenen Teile
folgt die Seite 50 J.

Inserate für die fällige
Nummern müssen spätestens bis
nachmittags 1/10 Uhr in der
Expedition abgegeben sein

Eingetragen in die Post-
zeitungsliste unter Nr. 1369.

Schenkel amputiert werden mußte. Ein Mann wurde durch einen Hufschlag getötet. Eine alte Frau mit zwei Kindern geriet ins Gefecht; sie wurde schwer verletzt, die zwei Kinder fin an den Verletzungen gestorben. Von einem durchgegangenen Pferd wurden viele Leute verletzt, ein Knabe getötet.

Das rauchlose Pulver, dessen Erfindung als ein großer Fortschritt gepriesen wurde, bietet einem Militär im Anblick der jüngsten Kaiserjäger Anlaß zu folgenden Ausführungen:

Bei allen Uebungen ergab sich wieder, nur jetzt im größten Maßstabe, daß das rauchlose Pulver eine sehr unvorteilhafte Erfindung war, denn wie die Schwebenbilder zeigten sich überall die Truppen, und man wird im Kampfe sein eigenes Feuer wohl dadurch regeln können, daß man jeden einzelnen Mann fallen sieht, welche günstige Lage aber auch für den Feind zutrifft, und so wird man am Ende zu dem Mittel greifen müssen die eigene Stellung durch künstliche Rauchergungung dem Auge des Feindes zu verbergen.

Eine schmerzhafte Saure auf die ganze militärische Barbarei kann immer gebracht werden.

Trennung des Militärs vom Zivilistenpaak. Die die Parteiliche Zeitung meldet, wird als Ersatz für die bygotenieren Vortreter in Königsberg von militärischer Seite die Anlage eines eigenen Garnison-Konzerthaus im Festungsgelände für das nächste Jahr geplant.

Opfer der Duellnarretei. Das Duell bei Gießen hat einen traglichen Ausgang genommen. Der Einjährig-Freiwillige Jakob ist von den suchenden Wunden gestorben. Aber auch sein Gegner, der Einjährig-Freiwillige Schmidt, erhielt eine so schwere Verletzung, daß er hoffnungslos darniederliegt. Beide hatten je einen Schutz in den Unterleib erhalten, der den Darm mehrmals zerriß. Beide waren Korpsstudenten und seither befreundet. Während des Wanders lagten sie zusammen in einem Nachquartier. Dabei hat der eine den anderen im Schlaf getreten haben. Wegen dieser Vpalle mußten zwei Menschenleben vernichtet, zahlreiche Angehörige in tiefe Trauer veretzt werden.

Reform der Unternehmungshaft. Die Novelle zur Strafprozessordnung, die in der letzten Reichstags-Session gezeichnet ist, hatte die pluriäre Entscheidung für unzulässig erklärt. Die Straftat enthalten; und auch die geringe Konfession an das Rechtsgesetz war die Regierung nur zu machen bereit, weil sie gleich das Wiederanbahnverfahren in Strafverfahren erwiderte, indem sie nämlich den betr. Strafling die Pflicht auferlegte, seine Unschuld zu beweisen, was end unnt andere Straftatbestände verlangt, daß dem zu Bestrafenden die Schuld nachgewiesen werden müsse. — Das war alles, wofür sich die Zustimmung des Deutschen Reiches aufbringen konnte; völlig ablehnend verweigert sich die Regierung zu der Forderung der Entscheidung für unzulässig kritische Unternehmungshaft. Und doch ist diese Frage wichtig, nicht, als die erste, weil es wen häufiger vorkommt, daß in Unternehmungshaft die Angeklagte bei der Hauptverhandlung freigesprochen werden, als die Freipredung bereits Verurteilten in Wiederanbahnverfahren. Die deutsche Regierung konnte sich zu diesen Zuständen an das moderne Rechtsgesetz nicht entschließen, trotz der Reichstagsmehrheit, ein solches Verlangen ausgeprochen hatte, trotzdem die deutschen Juristen tage sich in diesen Sinne ausgeprochen hatten und trotzdem die Forderung in Italien, Portugal, Schweden, Norwegen, Dänemark, Dösterreich, Frankreich und auch in dem neuesten ungarischen Strafprozess-Gesetz ganz oder teilweise befreit ist.

Drei Kaiserbeliedigungs-Klagen hatte die Staatsanwaltschaft in Götting gegen den Redakteur des freisinnigen Göttingischen Tageblatts, Himmelfein, angebracht. Die Beliedigungen fand die Staatsanwaltschaft in zwei Artikeln, die die „Kaiserliche Vaterlandsliebe“ betreffen und die „Ohnmacht des Parlamentarismus“ fährten. Die dritte Klage richtete sich gegen einen waghätigen Bericht über die Reichstags-Sigung, in der der Antiatlant, herr. Aufhebung des Majestätsbeliedigungs-Paragraphen verhandelt wurde. Die Staatsammer des herzoglichen Landgerichtes Götting hat aber beschloffen, das Hauptverfahren gegen den Angeklagten mangels des Vorhandenseins strafbarer Handlungen nicht zu eröffnen und zwar aus dem Grunde, weil in den beanstandeten Artikeln nur eine zulässige Kritik, nicht aber eine Ehrenkränkung enthalten sei.

Einen großen Erfolg haben die Vorkämpfer unserer Kolonialpolitik zu verzeichnen. Seitdem der Vorhang der deutschen Kolonialpolitik durch Johann Albrecht von Wallenberg, Mitglied des Landes, das den Ostposten im Schlesien führt, geworden ist, ruhet es für die Kolonialisten Orden. Die Folge gönnen wir den Herren vom ganzen Herzen.

